

Öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Ortschaftsrates Gröna vom 12.03.2026

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 12.03.2026
Sitzungsanfang: 18:00 Uhr
Sitzungsort: Gemeindebüro Gröna, Grönaer Schulstraße 11,
in 06406 Bernburg (Saale), OT Gröna

Anwesend:

Mitglieder

Herr Sascha Fritsch
Frau Nadine Hartenstein
Herr Matthias Kettner
Herr Florian Reichert

Protokollführer

Frau Rosemarie Grap

Nicht anwesend/ Entschuldigt:

Vorsitzende/r

Herr Hartmut Albrecht

Gast

ABO ENERGY

Herr Bernd Große

Öffentlicher Teil

Zur öffentlichen Geschäftsordnung

Herr Fritsch übernimmt als stellvertretender Ortsbürgermeister die Sitzungsleitung, da Herr Albrecht nicht anwesend ist.
Er eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

a) Bestätigung der Einladung und Feststellung der Beschlussfähigkeit gem. §§ 53, 55 KVG LSA

Die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung wird bestätigt. Der Ortschaftsrat Gröna ist mit 4 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

b) Abstimmung über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 22.01.2026

Über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 22. Januar 2026 wird mit 4 Ja-Stimmen abgestimmt.

c) Feststellung der öffentlichen Tagesordnung gem. der Geschäftsordnung

Die öffentliche Tagesordnung wird ohne Ergänzungen festgestellt.

Zur öffentlichen Tagesordnung

1. Einwohnerfragestunde gem. § 28 Abs. 2 KVG LSA

Da keine Einwohner anwesend sind, entfällt dieser Punkt.

2. Mitteilungen, Beantwortung von Anfragen, Anregungen

Agro-Photovoltaik

Herr Fritsch berichtet über die Einladung an die Einwohner Grönas zu einer Information betreffs Photovoltaik, welche mittels Rundschreiben verteilt worden war. Leider sind nur 3 Einwohner erschienen, was zeigt, wie wenig Interesse zu diesem Thema vorhanden ist. Im Vorfeld hätte man mit einigen Interessenten gesprochen und die Sache erläutert. Es hat keine Nachfragen oder Proteste gegeben. Man kenne aber auch Meinungen dazu z. B. von der Jägerschaft oder anderen Gruppen im Dorf.

Im Weiteren informiert Herr Fritsch über die Gespräche mit der Oberbürgermeisterin Frau Dr. Ristow, an der er mit Herrn Albrecht und Herrn Kettner teilgenommen habe. Dazu hätte es auch ein Konzept gegeben, wie sie sich das mit der Aufteilung bzw. der Beteiligung der Gemeinde vorstellen könne.

Es gäbe einen Vorschlag von der Stadt, in dem die freiwilligen Leistungen, die die Stadt für die Gemeinde erbringt, aufgeführt sind, welche sie nicht machen müsste, wie z. B. Sportvereine, Dorfgemeinschaftshaus. Das sei gegengerechnet worden gegen das, was eingenommen werden würde.

Die Aussage sei,

- es sollen 25 % von dieser Summe X im Dorf eingesetzt werden.
- Von diesen 25 % solle ein Drittel der Gemeinde zur freien Verfügung gestellt werden,
- wobei die anderen 75 % auf die freiwilligen Leistungen angerechnet werden.

Die Mittel könnten nur zur freien Verfügung gestellt werden, wenn es haushaltstechnisch umsetzbar sei bzw. sie zur Verfügung stehen.

Da es alle Eingemeindungen betrifft, müsse darüber ein Beschluss gefasst werden, über den auch der Stadtrat abstimmt. Alle Ortschaftsräte müssten dieser Ein-Drittel-/Zwei-Drittel-Regelung zustimmen. Dies sei das erste Konzept, welches als Diskussionsgrundlage diene.

Herr Fritsch schlägt vor, dass man sich jetzt als Ortschaftsrat zeitnah damit befassen müsse, ob man sich das so vorstellen könne. In der nächsten Woche sollte möglichst eine Klärung darüber herbeigeführt sein. Das Ergebnis müsse dann vom Ortsbürgermeister Herrn Albrecht der Stadt mitgeteilt werden.

Herr Große, ABO ENERGY, erhält das Wort und macht Ausführungen, wie seitens seiner Firma weiter verfahren wird, wenn eine positive Entscheidung getroffen würde.

Beantwortet wird die Frage von Herrn Fritsch nach der EEG-Einspeisevergütung – EEG: Erneuerbare-Energien-Gesetz. Das könne man nicht sagen, so Herr Große.

Man vermute, dass ein neues EEG komme und dass sich das reduzieren würde auf das, was sich am Markt selbst reguliere.

Da das hier vorgesehene Gebiet nicht an der Autobahn oder an einer zweigleisigen Bahntrasse liege und da es auch kein landwirtschaftlich benachteiligtes Gebiet sei, gäbe es nichts aus dem EEG. Deshalb müsse man auf dem freien Markt verkaufen und deshalb auch der Batteriespeicher dazu, um das Ganze wirtschaftlich darstellen zu können. Dass man dafür ein eigenes Umspannwerk bräuchte, informiert Herr Große. Er teilt weiterhin mit, dass Netzanfragen laufen, jedoch hätten die Netzbetreiber sehr viele Anfragen zu bearbeiten hätten. Von Herrn Große werden detaillierte Aussagen zu den technischen Voraussetzungen gemacht.

Herr Fritsch spricht den Verlust von ABO ENERGY für 2025 in Höhe von 170 Mio. Euro an. Es hätte Anfragen gegeben hinsichtlich der Zuverlässigkeit und der Glaubhaftigkeit dieser ganzen Anlage. Er erkundigt sich, wie das zustande komme und ob Herr Große eine kurze Einschätzung geben könne.

Herr Große begründet dies mit den Rahmenbedingungen, welche sich innerhalb kürzester Zeit auf dem Markt geändert hätten. Überwiegend handele es sich um Wertberichtigungen, welche von ABO ENERGY in den Projekten gemacht werden mussten, weil man teilweise keine Zuschläge in den Ausschreibungen bekommen habe aufgrund der eigenen schlechten Marktanalyse.

Des Weiteren seien die Vergütungen nach unten gegangen, weil es ein Überangebot gäbe. Das begründet er damit, dass unter Habeck sehr viel in Richtung erneuerbarer Energien gemacht worden sei, es sei sehr viel verschlankt worden in den Behörden, d. h. es seien sehr viele Baugenehmigungen (egal, ob Wind oder Solar) erteilt worden.

Herr Große erklärt, dass man erst mit Erhalt der Baugenehmigung in der Lage sei, an den EEG-Ausschreibungen teilzunehmen. Es hätte Überzeichnungen gegeben ohne Ende, z. B. im Windbereich: statt 2.500 sei man bei über 5.000 MW gewesen. Irgendwann würde man aus diesem Raster herausfallen, wenn man zu hoch biete. Und dieses Problem hätte man gehabt, sagt Herr Große.

Ein weiteres Problem sei, dass man bereits gebaute Anlagen bzw. im Bau befindliche im Jahr 2025 nicht mehr wertstellen konnte, sie waren jedoch im Plan 2025 enthalten, d. h. sie kommen dieses Jahr und sind als Minus im nächsten Jahr drinnen.

Herr Große berichtet weiterhin über Personalentscheidungen (500 Entlassungen von 14.000 Mitarbeitern weltweit) sowie über die Unternehmenssanierung. Es sei die Unternehmensberatung Fa. Ernest & Young im Unternehmen nun dabei, einen Sanierungsplan aufzustellen. Ein erster Entwurf sei momentan in der Diskussion mit den Banken. Zusätzlich sei noch das Management Hübner engagiert - Spezialist in Unternehmenssanierungen.

Herr Große gibt kurz Informationen über die 30-jährige Unternehmenstätigkeit. Er und die Mitarbeiter von ABO ENERGY hoffen, dass die Sanierung erfolgreich sein wird, aber das könne niemand vorhersagen. Tendenziell könne man davon ausgehen, dass das Unternehmen eine schwarze "Null" mache, was jedoch leider zu Lasten vieler Mitarbeiter gehen würde aufgrund von Entlassungen.

Herr Fritsch fragt noch nach, ob man schon grob absehen könne, wie sich dann die Betreibergesellschaft zusammensetzen würde.

ABO ENERGY sei bei Gründung der Betreibergesellschaft einzelner Kommanditist, antwortet Herr Große. Diese Betreibergesellschaft würde dann verkauft und es käme eine neue Firma hier hinein.

Es gäbe noch das Geschäftsmodell z. B. der sogenannten Bürgergesellschaft (51 % eigener Bestand und 49 % Eigentümer), erwähnt Herr Große. Probleme hätte es dabei vor allem in Ostdeutschland gegeben, da diese Gelder für die 49 % nicht zusammengekommen sind. In welche Richtung es ginge, darüber könne noch nicht geredet werden. Man dürfe auch nicht vergessen, dass solche Anlagen viel Geld kosten, das aufgewendet werden müsse, um diese im Eigenbestand zu halten.

Auf die Frage von Herrn Fritsch, an wen der Solarpark verkauft würde, antwortet Herr Große, dass 95 % dieser Parks an Stadtwerke in Deutschland verkauft worden sind. Die 5 % seien Vorgesellschaften oder ALLIANZ-Versicherungen usw. Verkauf in das Ausland, z.B. nach China ist in der Vergangenheit aufgrund der Compliance-Regelungen keine Option gewesen. Zukünftig wisse Herr Große nicht, inwieweit diese Regelungen beibehalten würden. Er informiert, dass in den meisten Fällen luxemburgische Fonds, deutsche oder europäische Versicherungen oder Banken oder Stadtwerke ausgewählt würden. Dass ganz wenig außerhalb des EU-Landes ginge, außer nach England, wird von Herrn Große noch erwähnt. Dabei wisse man nicht, welche Personen in einem Fonds dahinter stehen würden.

Eine Frage hat Herr Fritsch noch im Hinblick auf Rückbauverpflichtung in 20 – 25 Jahren. Diese würden auf die Betreibergesellschaft übergehen, bestätigt Herr Große. Wo die Gelder für den Rückbau hinterlegt seien bzw. wo die Sicherung sei, möchte Herr Fritsch noch wissen. Es würden Bürgschaften entweder bei der Genehmigungsbehörde (Immissionsschutzbehörde) des Landkreises hinterlegt, wenn sie das möchte oder bei der Stadt, wenn die Genehmigungsbehörde nichts möchte, antwortet Herr Große; ansonsten bei den Eigentümern. Dass die Bürgschaft spätestens nach 15 Jahren auf den Wert überprüft werden müsse, informiert Herr Große noch; das würde vertraglich geregelt.

Abschließend regt Herr Große an, dass man jederzeit auf ihn zukommen könne, um Fragen von Einwohnern zu beantworten. Diese würden sicher auftauchen, spätestens wenn der 1. Entwurf des Bebauungsplans veröffentlicht sei, so seine Erfahrungen. Herr Fritsch sagt hierzu, dass die Grönaer umfangreich mit einem 2-seitigen Flyer informiert worden seien. Es sei jedoch nicht auszuschließen, dass es noch Aufklärungsbedarf gibt, wenn es ernst würde.

Man bedankt sich bei Herrn Große für seine umfangreichen Ausführungen und verabschiedet ihn.

Baumstämme am Saaleufer

Herr Fritsch informiert, dass es Beschwerden aus der Allgemeinheit gibt, weil Herr Kranig am Saaleufer Baumstämme abladen lassen hat und eingräbt als Sitzgelegenheiten. Das sei nach dem Wassergesetz nicht genehmigungsfähig aufgrund des Überschwemmungsgebietes. Auch könne er im Uferbereich nicht einfach machen, was er will.

Tischtennisplatte

Dass die Tischtennisplatte endlich geliefert und aufgestellt wird, gibt Herr Fritzsich zur Kenntnis. Nach der langen Zeit des Wartens freue man sich über diese Mitteilung.

Einbahnstraße: Nachfragen zu der Einbahnstraße – Grönaer Hauptstraße (aus den vergangenen Sitzungen)

Herr Kettner bittet darum, dass die Ratsmitglieder in der nächsten Sitzung darüber informiert werden, wie weit die Sache fortgeschritten ist. Es müsse doch möglich sein, darüber telefonisch oder per E-Mail dem Bürgermeister oder den Ratsmitgliedern eine Information zukommen zu lassen. Er verstehe die Verzögerungen nicht. Es hätte ja auch eine Einwohnerversammlung stattgefunden, wo alle dafür waren.

Herr Fritzsich schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Sascha Fritzsich
Stellv. Ortsbürgermeister

Rosemarie Grap
Protokollführer